

nr. 8 – dez 2014 / jan 2015

ecke köpenicker

[Seite 4](#): Zwischennutzung in der Adalbertstraße? [Seite 7/8](#): Flüchtlinge in Mitte

[Seite 9](#): Neues Studentenwohnen in der Köpenicker [Seite 10](#): WBM plant Nachverdichtung



Ch. Eckelt

*Zeitung für das Sanierungsgebiet Nördliche Luisenstadt. Erscheint achtmal im Jahr kostenlos.
Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung*



Welche Ecke?

Kennen Sie sich im Gebiet gut aus? Dann erkennen Sie sicher, wo dieses Foto aufgenommen wurde! Wer weiß, wo sich dieser Ort befindet, schicke die Lösung bitte mit genauer Absenderadresse an die Redaktion: »Ecke Köpenicker«, c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin, oder per Mail an ecke.koepenicker@gmx.net. Unter den Beteiligten verlosen wir einen 20-Euro-Büchergutschein der Buchhandlung im »Aufbau-Haus« am Moritzplatz. Einsendeschluss ist Montag, der 10.1.2015. Wir freuen uns über Ihre Post! Unser letztes Bilderrätsel zeigte den Wandfries am historischen Gebäude Melchiorstraße 20–22. Gewinner ist Roland Urban – herzlichen Glückwunsch! Der Büchergutschein wird Ihnen per Post zugesandt.

Erneuerung der Melchiorstraße beginnt

Die Melchiorstraße ist dringend sanierungsbedürftig. Deshalb beginnt der Bezirk jetzt – im Rahmen des Sanierungsgebiets und mit öffentlichen Fördermitteln – mit der Erneuerung des Straßenzuges. Im Vorfeld hatte das Bezirksamt im November 2012 auf einer Bürgerversammlung die Planungen sowie ein Gutachten zum Zustand der Straßenbäume vorgestellt und diskutiert. Die Anregungen der Bürger flossen in die abschließende Planung ein.

Die wichtigsten Maßnahmen sind die Erneuerung des Fahrbahnbelags sowie der Gehwegpflasterung und das Anlegen von Gehwegvorstreckungen, um für Fußgänger sichere und übersichtlichere Querungsmöglichkeiten zu schaffen. Außerdem wird die Straßenbeleuchtung erneuert. Im Rahmen der Bauarbeiten führen zudem die Berliner Wasserbetriebe Sanierungen am Trink- und Abwassernetz durch.

Alle Bäume sind stark geschädigt oder schädigen ihrerseits durch den Wurzelwuchs den Straßenraum und müssen deshalb im Zuge

der Erneuerungsmaßnahmen komplett ersetzt werden. Deshalb werden bis Februar (vor der Nistzeit der Vögel) alle Bäume gefällt; zum Abschluss des Straßenumbaus werden dann als Ersatz neue, für den Standort geeignete Baumarten gepflanzt, u.a. Säulen-Hainbuchen, Feldahorn, Zierkirsche und eine besondere Erlen-Art.

Die Bauarbeiten werden über die Jahre 2015 und 2016 andauern. Sie beginnen 2015 auf der südlichen Straßenhälfte, 2016 werden sie auf der Nordseite sowie der Kreuzung Adalbertstraße fortgeführt. Dennoch soll die Melchiorstraße auch während der Bauarbeiten befahrbar sein: Zur Gewährleistung des Anlieger-, Liefer- und Durchgangsverkehrs sowie zur Nutzung durch Rettungs- und Entsorgungsfahrzeuge wird bis Ende 2016 eine Einbahnstraßenregelung angeordnet.

Die Anrainer, auf die im Zuge der Umbaumaßnahmen einige Belastungen zukommen, werden Anfang 2015 per Faltblatt und mit Aushängen informiert. us

Termine

Betroffenenvertretung (BV) Nördliche Luisenstadt

Die BV trifft sich an jedem dritten Dienstag im Monat um 18.30 Uhr im Nachbarschaftszentrum »Club dialog 101«, Köpenicker Straße 101, 10179 Berlin, direkt am U-Bhf. Heinrich-Heine-Straße.

Die Betroffenenvertretung ist ein wichtiges Gremium und die Interessenvertretung der Bürger im Sanierungsgebiet.

Die Sitzungen der BV sind öffentlich. In der BV kann sich jeder interessierte Anwohner engagieren. Jeder, der dreimal teilgenommen hat, ist stimmberechtigtes Mitglied.

Die BV freut sich sehr über neue engagierte Mitstreiter! Jeder, der sich für das Geschehen im Gebiet interessiert, ist zum Mitmachen eingeladen.

Runder Tisch Köpenicker Straße

9. Feb, 11–13 Uhr, Die Oase, Wallstraße 43

Websites zur Luisenstadt

Wichtiges zum Sanierungs- und Fördergebiet Nördliche Luisenstadt erfahren Sie hier:

www.luisenstadt-mitte.de

Auch die Betroffenenvertretung hat eine eigene Website freigeschaltet: www.luise-nord.de

Zudem gibt es viele aktuelle und historische Informationen zum Gebiet beim Bürgerverein Luisenstadt: www.buergerverein-luisenstadt.de

Redaktionsschluss

der nächsten Ausgabe »ecke köpenicker«:
Montag, 12. Januar 2015

Wir wünschen allen Lesern schöne und erholsame Feiertage und ein gutes neues Jahr!

Impressum

Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Abteilung Stadtentwicklung

Redaktion: Christof Schaffelder, Ulrike Steglich

Redaktionsadresse: »Ecke Köpenicker«, c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin, Tel (030) 28331 27, ecke.koepenicker@gmx.net

Fotoredaktion: Christoph Eckelt, eckelt@bildmitte.de

Entwurf und Gestaltung: capa, Anke Fesel, www.capadesign.de

Druck: Henke Druck, info@henkepressdruck.de

Vi.S.d.P.: Ulrike Steglich

Für den Inhalt der Zeitung zeichnet nicht der Herausgeber, sondern die Redaktion verantwortlich.

TLG vs. TeePee-Land

Der Wintertag ist trübe und eisig, ein paar junge Leute wärmen sich an einem Lagerfeuer. Trotz des ungemütlichen Wetters ist das »TeePee-Land« hinter der Eisfabrik belebt – jenes Zeltdörfchen am Spreeufer, das hier vor über zwei Jahren entstand. In 13 Zelten leben ca. 20 ständige Bewohner aus unterschiedlichen Ländern, hinzu kommen Gäste – im Sommer mehr, im Winter etwas weniger. Die liebevoll angelegten Kräuter- und Steingärtchen liegen im Winterschlaf.

Fernand, ein 57-jähriger TeePee-Aktivist, hat derzeit viel zu tun. Die »Abendschau« interviewt ihn gerade, die Presse ist da, am Abend soll er vor zwei Ausschüssen der Bezirksverordnetenversammlung Mitte noch einmal das autonome Wohn-, Kultur- und Nachbarschaftsprojekt vorstellen und die aktuelle Lage schildern.

Die Lage ist etwas kompliziert, sie hat auch mit dem Ort zu tun. Am Spreeufer sind die Investorenbegehrlichkeiten groß: Mitten im Zentrum, noch dazu in attraktiver Wasserlage – das ist Betongold pur, aufgewogen in teuren Eigentumswohnungen. Land und Bezirk jedoch planen einen öffentlichen Uferweg: langfristiges Ziel ist eine Durchwegung entlang der Spree von Köpenick bis Spandau.

In Mitte gehören einige Ufergrundstücke bereits der Stadt, andere müssen noch angekauft werden; das Sanierungsrecht und ein Bebauungsplanverfahren bieten der Kommune die Möglichkeit des Vorkaufsrechts für private Grundstücke. Ungeklärt ist die Lage noch auf einem Teilgrundstück der ehemaligen Eisfabrik – und das betrifft auch das TeePee-Land. Denn das Grundstück gehört der Treuhandliegenschaftsgesellschaft (TLG), die jahrelang im Auftrag des Bundes selbst ostdeutsche Immobilien privatisierte. Es gehört zur Ironie der Geschichte, dass die TLG 2012 selbst vom Bundesfinanzministerium für über eine Milliarde Euro an eine amerikanische Finanzzeuschrecke privatisiert wurde.

Die TLG will schon seit geraumer Zeit ihren Teil des Eisfabrik-Areals weiterverkaufen, ein Bieterverfahren läuft derzeit. Doch auf diesem Grundstück steht auch ein Teil des TeePee-Lands – und die TLG hat nun angekündigt, dieser Grundstücksteil solle demnächst geräumt und umzäunt werden, »um auf dem privaten Grundstück eine klare Situation zu schaffen«. Das betraf ca. ein Viertel des TeePee-Areals. Dagegen wehren sich die Bewohner, und damit beschäftigten sich Anfang Dezember auch etliche Bezirksverordnete auf einer gemeinsamen Ausschusssitzung.

Große Kontroversen gab es auf dieser Sitzung aber nicht – die Sympathien der meisten Anwesenden waren deutlich. Der Bezirk duldet die Ansiedlung des Zeltdörfchens ohnehin seit langem: Die friedlichen (und geradezu beängstigend ordentlichen) TeePee-Bewohner machen keinen Ärger und stellen keine Ansprüche, sondern bieten im Gegenteil auch noch ihrem Umfeld kulturelle Erlebnisse und haben von sich aus dafür gesorgt, dass auf »ihrem« Areal jeder, der die Grundregeln menschlichen Miteinanders einhält, entlangspazieren kann. Ebenso wie die benachbarte Spreefeld-Genossenschaft, die am Ufer drei Neubauten samt Kita und Gemeinschaftsräumen errichtet hat und ebenfalls auf ihrem Grundstück die Ufer-Begehbarkeit er-



möglich. Denn im großen Ziel sind sich Bezirk und Sanierungsbeteiligte, Spreefeld-Genossenschaft und das TeePee-Land einig: Das Spreeufer soll für alle öffentlich zugänglich sein und nicht privatisiert werden. Nur kann es eben ein paar Jahre dauern, bis der Bezirk dieses Vorhaben realisieren kann – da sind noch viele planungsrechtliche, bautechnische und andere Fragen zu klären.

Deshalb sind die Anrainer schon mal nach ihren Möglichkeiten in provisorische Vorleistung gegangen.

Auf der Ausschusssitzung jedenfalls sprach sich die Spreefeld-Genossenschaft ausdrücklich für die TeePee-Nachbarn aus, denen sie auch den notwendigen Strom spenden. Dann merkte Fernand noch in seiner zurückhaltenden Art an, dass man in diesem Jahr ein europäisches Kulturfestival organisiert habe und derzeit hier ein Film mit David Bowie gedreht wird, der im März 2015 zeitgleich in der Pariser Philharmonie und im TeePee-Land uraufgeführt wird. »Wenn das nicht reicht an Kultur für diesen Moment ...?«

Die Sache mit dem Zaun ist übrigens eine komplett sinnlose Symbolkraftmeierei der TLG. Denn sobald die Grundstücksverweser sich endlich mal zu einem Verkauf entschließen sollten, hat der Bezirk sowieso das Vorkaufsrecht für das Ufergrundstück, das er auch in Anspruch nehmen wird. Und das Sanierungsziel des Bezirks ist eindeutig: Zäune nicht auf-, sondern abbauen. us

Spreeufer: Im Internet mitdiskutieren!

Die Gestaltung des Spreeufers in der Nördlichen Luisenstadt als öffentliche und möglichst barrierefreie Durchwegung mit Angeboten für alle Nutzer gehört zu den wichtigsten Sanierungszielen im Gebiet. Das Bezirksamt Mitte hat dazu ein umfangreiches Planungs- und Beteiligungsverfahren eingeleitet. Eine erste große Bürgerversammlung fand bereits in diesem Jahr statt.

Als weiterer Schritt ist nun ein Internet-Diskussionsforum unter <http://forum.luisenstadt-mitte.de> freigeschaltet. Es soll dazu dienen, frühzeitig Ideen und Vorschläge zur Nutzung und Planung des Uferbereichs auszutauschen und gemeinsam zu diskutieren. Weitere Informationen u. a. zu den Rahmenbedingungen des Projekts sowie den bisherigen Vorbereitungen erhalten Sie auf der Forum-Website. Für Rückfragen zum Forum und Informationen zur Spreeuferentwicklung steht auch das KoSP unter luisenstadt@kosp-berlin.de zur Verfügung.

Informationen zum Fördergebiet Luisenstadt erhalten Sie unter: www.luisenstadt-mitte.de



Ein Dilemma

Die Betroffenenvertretung will Flüchtlinge nicht gegen Schule ausgespielt sehen

Im »Westlichen Melchiorblock« zwischen Köpenicker und Melchiorstraße, Michaelkirch- und Adalbertstraße liegt ein großes Potenzial für das Sanierungsgebiet Nördliche Luisenstadt. Seine Bedeutung besteht vor allem darin, dass hier wesentliche Grundstücke der öffentlichen Hand gehören: u.a. das leerstehende Schulgelände oder Sportflächen.

Im Sanierungsgebiet gibt es nicht viele Grundstücke in kommunalem Besitz. Gleichzeitig mangelt es erheblich an öffentlicher Infrastruktur: an Spielplätzen, Kitas, Freizeit- und Sportflächen. Dieses Defizit wird sich angesichts der Bautätigkeit im Gebiet und des damit verbundenen Bevölkerungswachstums noch verstärken. Insofern spielt insbesondere auch die ehemalige Schule an der Adalbertstraße eine wichtige Rolle, denn auch Schulplätze könnten im Gebiet bald knapp werden. Viele Bewohner und die Betroffenenvertretung, auch etliche Bezirksverordnete setzten sich deshalb vehement dafür ein, das Gebäude als Schulstandort vorzuhalten und nicht etwa über den Liegenschaftsfonds anderweitig zu veräußern.

Mit dem Sanierungsgebiet bot sich dem Bezirk nun die Möglichkeit, für den Melchiorblock ein neues Konzept zu entwickeln, um hier den Schulstandort und öffentliche Infrastruktur dauerhaft zu sichern und neu zu ordnen – schließlich stehen im Rahmen des Sanierungsgebiets auch Fördermittel insbesondere für die öffentliche Infrastruktur zur Verfügung. Im Auftrag des Bezirks entwickelte deshalb die »Planergemeinschaft Kohlbrenner e.G.« ein Konzept mit einem kombinierten Schul- und Sporthallenstandort, das seit einigen Monaten diskutiert wird. Nach einer Stellungnahme der Betroffenenvertretung soll das inzwischen fertiggestellte Blockkonzept in die Beschlussfassung gehen.

Doch seine praktische Umsetzung könnte noch einige Zeit dauern – womöglich viele Jahre. Grund dafür ist das leerstehende Schulgebäude: Denn angesichts der großen Zahl von Flüchtlingen, die nach Berlin kommen, braucht es auch dringend Räumlichkeiten, in denen Flüchtlinge halbwegs menschenwürdig untergebracht werden können – Traglufthallen wie in Moabit (siehe S. 6) können bestenfalls für

ein paar Wochen eine Notlösung bieten. Deshalb sucht das zuständige Landesamt für Gesundheit und Soziales (LaGeSo) überall nach möglichen Quartieren. Und damit kommt auch die Schule in der Adalbertstraße ins Spiel, die ebenfalls als Flüchtlingsunterkunft dienen könnte. Darüber verhandelt das Bezirksamt Mitte seit einiger Zeit mit der Senatsverwaltung und dem LaGeSo.

Allerdings kollidieren hier zwei Anliegen, auch aus der Sicht vieler Gebietsbewohner und der Betroffenenvertretung, die ein klassisches Dilemma sieht. Denn ein Flüchtlingswohnheim würde hier für eine Zwischennutzung von mindestens sieben Jahren eingerichtet, also bis 2022; wie lange es darüber hinaus benötigt würde, weiß niemand. Dann aber stünde das Sanierungsgebiet schon wieder kurz vor seiner Aufhebung – es gäbe danach weder genügend Zeit noch die jetzt verfügbaren Fördermittel, um hier den geplanten Infrastrukturschwerpunkt für das Sanierungsgebiet zu entwickeln. Es ist aber das einzige größere, zusammenhängende Areal, auf dem der Bezirk die dringend benötigte öffentliche Infrastruktur schaffen könnte. Das jedoch braucht eine Realisierungszeit, die eine längere Zwischennutzung praktisch ausschließt.

Was nun mit dem Schulgebäude geschieht, ist eine politische Entscheidung, heißt es beim Stadtentwicklungsamt. Derzeit verhandelt die Bezirksschulstadträtin mit dem Senat, denn das Gebäude gehört zum Fachvermögen der Schulverwaltung.

Etwas verwirrend ist die Lage wohl auch deshalb, weil der Senat einerseits Sanierungsgebiete beschließt und fördert (inklusive Maßnahmen wie für den Melchiorblock), diese andererseits aber wieder mit ganz neuen Ad-hoc-Aktionen konterkariert.

Die Betroffenenvertretung Luisenstadt stellt ihrerseits klar, dass sie beides will: sowohl Unterkünfte für Flüchtlinge als den Schulstandort. Auf keinen Fall dürfe das Thema Schulbedarf gegen die Flüchtlingsthematik ausgespielt werden – denn das würde nur fremdenfeindlichen Rechtspopulisten und Nazis in die Hände spielen, die derzeit nicht nur in manchen Berliner Bezirken, sondern in der ganzen Bundesrepublik marodieren. Vielmehr wünscht die Betroffenenvertretung für das Gebiet Lösungsideen, mit denen sowohl das Blockkonzept weiter entwickelt und realisiert werden kann als auch für Flüchtlinge vernünftige Unterkünfte geschaffen werden können. Denn auch das seit vielen Jahren leerstehende Schulgebäude müsste erst mit einem beträchtlichen finanziellen Aufwand in halbwegs bewohnbaren Zustand gebracht werden – mal abgesehen von dem Problem, dass auf längere Dauer große Klassenzimmer und mangelnde Sanitäreinrichtungen keine akzeptable Unterbringung für Flüchtlingsfamilien sind. So fragt die Betroffenenvertretung, ob Land und Bezirk nicht beispielsweise ein anderes brachliegendes Grundstück oder leerstehendes Gebäude im Sanierungsgebiet zur Flüchtlingsunterkunft herrichten könnte? (Da denkt man sofort an den derzeit zwischengenutzten Büro-Plattenbau in der Köpenicker, in dem demnächst winzige Eigentums-Apartments entstehen sollen...)

Besonders aber ärgert die Betroffenenvertretung, dass die Verhandlungen mit dem Senat politisch so konspirativ behandelt werden. Die Bevölkerung müsse rechtzeitig und vernünftig informiert und einbezogen werden, um gemeinsam nach konstruktiven Lösungen zu suchen – und nicht erst vor vollendete Tatsachen gestellt werden, wenn alles schon beschlossen ist. Denn das, so die Befürchtung, würde erst recht fremdenfeindlichen Aktionen Vorschub leisten. Auf rassistische Nazi-Aufmärsche aber hat der gesamte Kiez keinen Bock. us

Glosse

Manchester 3.0 in den Bürgerämtern

Katastrophal ist die Situation auf den Bürgerämtern schon seit Jahren, und sie wird immer schlimmer: besonders schlimm ist das für Menschen, die fristgerecht ein sehr wichtiges Papier brauchen, aber auch für die gestressten Bürgeramtsmitarbeiter.

Wenn Sie mal wieder ohne Termin auf dem Bürgeramt erscheinen, weil der nächstmögliche Termin erst in sechs bis acht Wochen zu kriegen ist, Sie aber Ihren verloren gegangenen Personalausweis oder sonst irgendeine überflüssige Petitesse angeblich »ganz dringend« brauchen und es versäumt haben, den Verlust ein halbes Jahr zuvor zu ahnen; wenn Sie dann da sitzen und mit ihrer Wartenummer stundenlang warten (falls Sie überhaupt noch eine Wartenummer ergattern konnten):

Denken Sie dann bitte nicht, es mangle womöglich an Personal in den Bürgerämtern, sondern haben Sie Verständnis. Die Sache ist nämlich eigentlich ganz anders. Sagt jedenfalls die Senatsfinanzverwaltung. Denn die hat nun Revolutionäres herausgefunden: Es gibt gar keinen Personalnotstand in den bezirklichen Bürgerämtern, wie so oft von lästigen Bürgern und bösen Medien bemängelt! (Mehr Personal müsste man schließlich auch regelmäßig bezahlen, was die Senatsfinanzbehörde immer sehr, sehr doof findet.) Sondern hinterm Schalter sitzen angeblich nur zu viele schlecht gelaunte und wenig belastbare Menschen herum, die viel zu oft krank werden und jetzt mal mental auf Trab gebracht werden müssen.

Und zwar mit einem nicht ganz billigen »arbeitspsychologischen Projekt« inkl. Online-Coaching und wissenschaftlicher Begleitung (Humboldt-Uni!): Damit sollen die »individuellen Resilienzfaktoren der Mitarbeiter« wieder – hopp hopp! – befördert werden. Für die tägliche Aug in Aug-Konfrontation mit dem Bürger müssen Mitarbeiter in Trainings- und Schulungsmaßnahmen gestählt werden: in Sachen »Stressresistenz, Selbstwirksamkeitsüberzeugung, Zielorien-

tierung, realistischen Optimismus, Mitgefühl« sowie »Emotionssteuerung, Impulskontrolle und Kausalanalyse«.

Wenn Sie also einer Sachbearbeiterin gegenüber sitzen, die für eine Sachbearbeitung – egal welcher Art – exakt 12 Minuten Zeit hat und womöglich ein bisschen angespannt wirkt, ist Ihr Einfühlungsvermögen und Fingerspitzengefühl gefragt.

Machen Sie sich also keine Sorgen, wenn Ihnen demnächst im Bürgeramt ein Mitarbeiter gegenüber sitzen sollte, der mal ein paar Sekunden lang tief ein- und ausatmet (»OOOOHHHMMM«), dann an einem Mini-Boxsack kurz seine Impulse kontrolliert, mit einer Yoga-Position seine Emotionen steuert – und anschließend nur noch drei statt zwölf Minuten für ihr Anliegen hat (das aber ganz tiefenentspannt und optimistisch). Er wird Sie dann vielleicht noch fragen, was Ihre seelischen Gründe sind, einen neuen Ausweis beantragen zu wollen (Kausalanalyse!, Empathie!) und Sie im Gegenzug noch um eine Bestätigung zu seiner »Selbstwirksamkeitsüberzeugung« bitten.

Sie müssen wissen: Das war keineswegs der Wunsch des Sachbearbeiters, der eigentlich einfach nur seine Arbeit machen will, – wenn's geht, mit etwas mehr Kollegen –, sondern die kreative »Optimierungs«-Idee der Senatsfinanzverwaltung. Mehr Personal gibt's im Bürgeramt jedenfalls nicht! Übrigens auch nicht in Jugendämtern, Grünflächenämtern und anderen hoffnungslos überlasteten Bezirksstellen.

Leute, wo leben wir eigentlich? In einem der reichsten Länder der Welt, vielleicht? Offenbar leben wir inzwischen in einer Stadt, in der die Senatsfinanzverwaltung die wichtigsten kommunalen Bereiche – Bildung, Ordnungsämter, Bürgerämter usw. – bis zum Kollaps zusammenkürzt. Obwohl diese so beliebte Stadt immer mehr Einwohner verzeichnet und damit naturgemäß auch mehr kommunale Dienstleistungen für die Bürger benötigt (und mehr Steuereinnahmen zu verzeichnen hat). Stattdessen werden die tapferen Mitarbeiter für Bürgerdienstleistungen dermaßen gnadenlos »durchoptimiert« und nun sogar pathologisiert, dass man sich an den Manchester-Kapitalismus des 19. Jahrhunderts erinnert fühlt – nur dass jetzt nicht mehr am Fließband geschraubt wird, sondern an der Psyche. Das ist Manchester 3.0 und eine Schande. us

Bildecke



Mitte ist solidarisch

Wie man Flüchtlinge in seiner Nachbarschaft unterstützen kann



Sie kommen nicht als Touristen, sondern aus bitterer Not. Sie sind auf der Flucht und haben es, häufig nach grausamen Erlebnissen, endlich geschafft, einen sicheren Ort zu erreichen. Auch nach Berlin strömen derzeit viele Flüchtlinge. So viele, dass es der Stadt sichtlich schwerfällt, sie auch nur einigermaßen menschenwürdig unterzubringen. Oft gelingt das nur in Notunterkünften, in provisorisch eingerichteten Notquartieren wie in den Traglufthallen am Poststadion (siehe Foto) oder in ehemaligen Schulen im Wedding. Dort benötigen sie Hilfe: warme Winterkleidung etwa, aber vor allem auch Zuspruch und menschliche Zuwendung. Dafür engagieren sich viele Bürger in Netzwerken wie »Moabit hilft« oder »Wedding hilft« und auch der Moabit Initiative »Neue Nachbarschaft«.

Im Wedding zum Beispiel beschlagnahmte das Landesamt für Gesundheit und Soziales im September zwei leerstehende Schulgebäude vom Bezirk auf Grundlage des »Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes« (ASOG). Nicht, weil das Bezirksamt sich widersetzt hätte, sondern weil das einfach das schnellste Verfahren war, um hier dringend benötigte Notunterkünfte einzurichten. In der Gotenburger Straße und in der Pankstraße betreibt nun die AWO Mitte zwei provisorische Unterkünfte für zusammen etwa 250 Flüchtlinge. »Sie sollen hier höchstens 12 Wochen verbleiben und dann in andere, besser geeignete Einrichtungen umziehen können«, erklärt Manfred Novak, der Vorsitzende des Kreisverbandes. Die AWO Mitte betreibt derzeit insgesamt zehn Flüchtlingsunterkünfte in Berlin und freut sich über jegliches ehrenamtliche Engagement, das sie bei dieser Arbeit unterstützt. »Die beiden Schulen sind als Notunterkünfte sicherlich besser geeignet als großräumige Unterkünfte wie die Traglufthallen«, so Manfred Novak. »Aber auch hier müssen wir umbauen und mit Notbehelfen wie Sanitärcontainern arbeiten.« Dabei sei die AWO auf Spenden angewiesen, die derzeit aber auch fließen: »Besonders gefreut hat mich dabei die Spende, die der Polizeiabschnitt in der Pankstraße für die Flüchtlinge gesammelt hat.« Während in anderen Stadtteilen Berlins auch gegen die Einrichtung von neuen Flüchtlingsunterkünften demonstriert wurde, solidarisierten sich im Wedding viele Anwohner mit ihren neuen Nachbarn. Am 19. November gründeten mehr als 130 Teilnehmer einer Auftaktveranstaltung in der Fabrik Osloer Straße das Unterstützungsnetzwerk »Weddig hilft«. Nach dem Vorbild von »Moabit hilft«, das sich schon ein Jahr zuvor gebildet hatte, um die Flüchtlinge in den Heimen von Moabit zu unterstützen, soll jetzt auch im Wedding die Nachbarschaftshilfe für die Geflüchteten organisiert werden. »Es

gibt viele Arten, wie man helfen kann«, erzählt die Studentin Svenja Linnenmann, die sich in beiden Netzwerken engagiert. »Auf den Webseiten moabit-hilft.com und wedding-hilft.de findet man zum Beispiel aktuelle Bedarfslisten für Sachspenden an Flüchtlinge, hier kann man auch um Hilfe für den Transport nachfragen.« Benötigt werden derzeit vor allem warme Winterkleidung und Sportkleidung für die Kinder, damit sie am Sportunterricht teilnehmen können, zudem Handtücher, Wäsche, Spiel-, Bastel- und Schulmaterial, aber auch Regale und Aufbewahrungsboxen für die Kleiderkammer. »Es ist aber auch wichtig, dass wir den menschlichen Kontakt zu den Flüchtlingen herstellen. Eine Arbeitsgruppe organisiert Willkommensfeste in den Unterkünften, dabei wurden zuletzt zum Beispiel Adventskalender verteilt. Eine andere AG kümmert sich um die Begleitung bei Behördengängen und Arztbesuchen. Da hilft es oft sehr, wenn jemand dabei ist und das Anliegen formulieren kann. Ideal ist es natürlich, wenn die Begleiter auch Dolmetschen können«, erklärt Svenja Linnenmann, »derzeit suchen wir vor allem Helfer, die arabisch, kurdisch oder russisch sprechen. Schön wäre es auch, wenn sich Nachbarn um das Sprachtraining in den Unterkünften kümmern würden.« Dazu plant die Volkshochschule Mitte entsprechende Angebote für ehrenamtliche Deutschlehrer. Zudem brauchen die Netzwerke zur Unterstützung von Flüchtlingen auch Geld. Dringend benötigt werden zum Beispiel BVG-Tickets, um den Bedürftigen ein Mindestmaß an Mobilität in der Stadt zu ermöglichen wie zu Amtsgängen etc. Auch im südlichen Teil des Bezirks Mitte gibt es ein Flüchtlingsheim: am Schöneberger Ufer 75-77 im Südlichen Tiergarten. Das wird vom privaten Träger PeWoGe betrieben. Auch hier würde man sich über Sachspenden freuen (Telefon 26 55 89 66 oder 67 82 34 95, Frau Brieske oder Frau Geier).
cs

Aktuelle Informationen findet man auf den Webseiten: moabit-hilft.com, wedding-hilft.de, neuenachbarschaft.wordpress.com

Spendenkonten:

- Spendenkonto Moabit hilft, Diana Henniges, Kontonr. 443 54 59, BLZ 100 777 77 oder IBAN: DE 7410 0777 7704 4354 5900 Für Spenden an Wedding hilft: Verwendungszweck »Wedding hilft«
- Spendenkonto Flüchtlingshilfe der AWO Mitte Kontonr. 123 73 05, BLZ 100 2015 00, Bank für Sozialwirtschaft Betreff: Flüchtlingshilfe

Deutschkurse jetzt auch für Flüchtlinge

Die Volkshochschule Mitte leistet Enormes für Integration und Wirtschaft

Die VHS Berlin Mitte ist eine der größten Volkshochschulen Deutschlands. Rund die Hälfte ihrer Unterrichtsstunden entfällt auf das Fach Deutsch, das nicht nur an vier Hauptstandorten unterrichtet wird, sondern auch flächendeckend in zahlreichen Schulen, Kitas und Nachbarschaftseinrichtungen. In Berlin übernimmt die VHS Mitte außerdem eine Vorreiterrolle: hier werden Lehrer der offiziellen Integrationskurse ausgebildet. Seit neuestem organisiert sie zudem berlinweit Deutschkurse für Flüchtlinge.

»Bislang durften für Geflüchtete keine Integrationsmaßnahmen wie Sprachkurse durchgeführt werden«, erklärt der Leiter der VHS Mitte, Michael Weiß. »Das war im Asylbewerberleistungsgesetz nicht vorgesehen, da keine Anreize für einen längeren Verbleib in Deutschland gesetzt werden sollten.« Lediglich für Mütter und Väter von Minderjährigen wurde eine Ausnahme gemacht. Sie sollen als Eltern in Schulen und Kitas mitwirken, also dürfen sie auch in entsprechenden Mütter- bzw. Elternkursen sprachlich dazu befähigt werden. Doch seit diesem Sommer gibt es in Berlin erstmals Deutschkurse für Flüchtlinge, 300.000 Euro pro Jahr stellt die Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen dazu zur Verfügung. Die VHS Mitte koordiniert diese Kurse für ganz Berlin. »In diesem Jahr haben wir bereits 800 Geflüchtete unterrichtet, obwohl passende Lehrmaterialien erst noch entwickelt werden müssten«, so Michael Weiß. Bei derzeit rund 12.000 Flüchtlingen in der Stadt ist das zwar noch nicht ausreichend – aber immerhin mal ein Anfang. »In Deutschland findet zur Zeit ein Umdenkprozess statt. Man realisiert allmählich, dass es besser und letztlich auch wirtschaftlicher ist, Geflüchtete von Anfang an in ihrem Integrationsprozess zu unterstützen. Den Anfang haben dabei übrigens die Bayern gemacht, die schon 2013 gemeinsam mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge ein Modellprojekt begonnen haben, an dem wir uns jetzt zum Teil orientieren.« Unterstützen möchte die VHS auch die zahlreichen Ehrenamtlichen, die freiwillig Deutschtraining für Flüchtlinge durchführen. »Wenn sich genügend Interessenten bei uns melden, dann werden wir Schulkurse für solche ehrenamtliche Deutschlehrkräfte anbieten.«

Große Nachfrage nach Deutschkursen

Die Volkshochschule Mitte hat das Know-How, denn sie schult bereits die Lehrkräfte für die Integrationskurse. Zu deren Besuch können Zuwanderer von der Ausländerbehörde verpflichtet werden. Tatsächlich ist die Nachfrage aber weit größer: Auch sehr viele EU-Bürger melden sich freiwillig an, denn die Sprachkurse sind intensiv, kompakt und kostengünstig. Und wenn man nach 600 Unterrichtsstunden den Deutsch-Test für Zuwanderer im ersten Anlauf besteht, bekommt man die Hälfte der Kursgebühren zurück. »Als die Integrationskurse im Jahr 2005 eingeführt wurden, bestanden knapp über 50 Prozent die erste Abschlussprüfung. Derzeit schaffen das rund 85 Prozent. Ich könnte jetzt natürlich behaupten, wir wären so viel besser geworden«, erzählt Michael Weiß. »Aber das wäre nur die halbe Wahrheit: Die Kursteilnehmer sind heute im Durchschnitt wesent-

lich qualifizierter, sie haben überwiegend eine abgeschlossene Schulausbildung und sprechen oft schon eine Fremdsprache. Das macht es für sie natürlich viel einfacher.« Würden zu Anfang vor allem ehemalige »Gastarbeiter« unterrichtet, die oftmals in ihren Heimatländern nur kurze Zeit eine Schule besuchen konnten, so kommen jetzt viele hochqualifizierte junge Erwachsene aus der ganzen Welt nach Berlin und finden hier meist auch Arbeit. Dieses gute Angebot an Arbeitskräften macht die Stadt wiederum attraktiv für Firmengründungen: Die Integrationskurse der Volkshochschulen haben einen nicht zu unterschätzenden Anteil an der Fachkräftequalifizierung und damit auch am wirtschaftlichen Aufschwung Berlins.

In den Nachbarschaften vernetzt

In Kooperation mit vielen Partnern in den Quartieren hat die VHS darüber hinaus ein niedrigschwelliges Angebot entwickelt, das sich vor allem an Mütter, aber auch an Väter richtet. In Schulen, Kitas und Nachbarschaftszentren finden Sprachkurse für Eltern bzw. Mütter statt. Daraus ist inzwischen eine »Elternakademie« entstanden, die spezielle Kurse z.B. für Mütter mit Babys anbietet oder weitergehende Angebote wie Kurse zur Ernährung oder im Umgang mit Computern entwickelt. »Die Volkshochschule kann mehr sein als eine Einrichtung zur Erwachsenenbildung«, meint Michael Weiß. »Sie kann auch ein Ort sein, an dem sich die Menschen verschiedenster Herkunft, Bildung oder sozialer Schichtung begegnen. Ein Ziel, auf das wir hinarbeiten, ist: Die, die bei uns Deutsch gelernt haben, sollen für ein lebenslanges Lernen gewonnen werden und bei uns auch andere Kurse etwa in den Bereichen Politik und Gesellschaft, Kultur und Gestalten, Gesundheit, Fremdsprachen bis hin zu Arbeit, Beruf und EDV belegen. Das Neueste sind berufsbezogene Deutschkurse für den Pflegebereich, die direkt an die Deutschkurse für Mütter anschließen.«
Christof Schaffelder

Ende November ist das neue Programm der VHS Berlin Mitte für Januar bis Juli 2015 erschienen. Es ist als Katalog in den Rathäusern, Bibliotheken und Volkshochschulgebäuden des Bezirks erhältlich. Im Internet findet man es unter: www.city-vhs.de



Über die VHS Mitte werden auch viele dezentrale Deutschkurse angeboten, wie hier im Mütterkurs von »Kulturen im Kiez« in der Reinickendorfer Straße.

Berliner Kältehilfe im Bezirk Mitte

Wohin, wenn es draußen kalt und nass ist? Die »Berliner Kältehilfe« ist ein in Deutschland einmaliges Programm, das 1989 von etlichen Berliner Kirchengemeinden, Wohlfahrtsverbänden und von der Senatsverwaltung (damals Gesundheit und Soziales) ins Leben gerufen wurde.

Zahlreiche Träger – Kirchengemeinden und Verbände (z.B. Caritas oder Stadtmission), Vereine und Initiativen – beteiligen sich jeweils mit eigenen Angeboten wie Beratungsstellen, Notübernachtungen, Nachtcafés, Suppenküchen, Treffpunkten am Kältehilfeprogramm, um zu verhindern, dass Menschen ohne Unterkunft erfrieren müssen.

Diese Projekte werden einerseits Teil aus Zuwendungen des Landes Berlin bzw. der Bezirksämter sowie aus Mitteln der Liga der Wohlfahrtsverbände, aber auch aus Spenden finanziert und auch mit tatkräftiger Unterstützung ehrenamtlicher Helfer vor Ort realisiert.

Hier eine Auswahl von Anlaufpunkten im Bezirk Mitte für Bedürftige:

Tagesstätten

Trinkraum Knorke

Nazarethkirchstraße 50, 13347 Berlin-Wedding, U6/U9 Leopoldplatz, Tel: 0152-04 96 22 29, Öffnungszeiten: Mo–Fr 10–16 Uhr Für Frauen und Männer

Unter Druck – Kultur von der Straße e.V.

Oudenarder Straße 26, 13347 Berlin-Wedding, U9 Nauener Platz, Tel: 030-24 72 90 40, Öffnungszeiten: So–Mi 14–18 Uhr, Do 11–15 Uhr, Fr 13–16 Uhr (Frauentag) Für Frauen und Männer

Evas Haltestelle

Bornemannstraße 7, 13357 Berlin-Wedding, U9 Nauener Platz, Tel: 030-462 32 79, Öffnungszeiten: Mo–Fr 10–18 Uhr Nur für Frauen

Warmer Otto

Wittstocker Straße 7, 10553 Berlin-Moabit, S-Bhf. Beusselstraße, Tel: 030-396 60 67, Öffnungszeiten: Mo–Do 13–17 Uhr, Fr 9–13 Uhr Für Frauen und Männer

Notübernachtungen

Notübernachtung Lehrter Straße

Lehrter Straße 68, 10557 Berlin-Moabit, Hauptbahnhof, Tel: 030-69 03 35 20, Öffnungszeiten: bis 31. März, Einlass täglich ab 21 Uhr Für Frauen und Männer

Notübernachtung für Frauen

Tieckstraße 17, 10115 Berlin-Mitte, S-Nordbahnhof, Tel: 030-283 29 39, Öffnungszeiten: Mo–Fr 19–8 Uhr, Sa–So 19–9 Uhr Ganzjährig, nur für Frauen

Evas Haltestelle

Bornemannstraße 7, 13357 Berlin-Wedding, U9 Nauener Platz, Tel: 030-462 32 79, Öffnungszeiten: bis 31. März, Mo–So 18–10 Uhr, Einlass bis 21 Uhr Nur für Frauen

Notübernachtung Resi

Residenzstraße 90, 13409 Berlin-Wedding, U9/U8 Osloer Straße, Tel: 0152-11 48 52 14, Öffnungszeiten: bis 31. März, Mo–So 19.30–7.30 Uhr, Einlass bis 22.30 Uhr Nur für Männer

Weitere Anlaufstellen

Kältebus (Stadtmission)

Tel: 0178-523 58 38, täglich 21–3 Uhr, bis 31. März

Wärmebus (DRK)

Tel: 0170-910 00 42, täglich 18–24 Uhr, bis 15. März

U-Bahnhöfe (geöffnet bei Minusgraden):

U5 Schillingstraße, U7 Südstr., U9 Hansaplatz

Bei akuten Notfällen:

Polizei: 110
Feuerwehr/Notarzt: 112

Treffpunkte

Berlin Hauptbahnhof, Bahnmissionsmission

Europaplatz 1 (1. OG im Hbf), 10557 Berlin, S+U Hauptbahnhof, Tel: 030-22 60 58 05, Geöffnet: ganzjährig, Mo–Do 8–21 Uhr, Fr–So 8–22 Uhr

Spätcafé der Kirchengemeinde Moabit West

Thusneldaallee 1, 10551 Berlin, Heilandskirche, Chorraum, Alt-Moabit Eingang Geöffnet: November–März, Mo, Do 16.30–21 Uhr: Aufwärmen, Essen und Getränke, Spiele

Frauentreffpunkt Sophie

Albrechtstraße 15, 10117 Berlin, Nähe S+U Bahnhof Friedrichstraße, Tel: 030-34 62 86 61 Geöffnet: ganzjährig, Fr–Mo 10–14 Uhr. Nur für Frauen!

Wärmestube der Kirchengemeinde

St. Laurentius

Klopstockstraße 31, 10557 Berlin (Pfarrhaus), U9 Hansaplatz, Tel: 030-391 75 70, geöffnet: bis 27.03.15, Fr 17–21 Uhr, letzter Einlass 20 Uhr

Spätcafé der Erlösergemeinde

Wikingerufer 9a, 10555 Berlin, Hansaplatz, Bus 106, 245, 101, Tel: 030-399 46 23, geöffnet: November–März, Sa 17–21 Uhr, Kleiderkammer vorhanden

Wärmecafé der St. Paulus Kirchengemeinde

Oldenburger Straße 45, 10551 Berlin, U-Bhf. Turmstraße, Tel: 030-39 57 58 14, geöffnet: So 17–21 Uhr

Café Krause

in der Thomaskirche, Mariannenplatz, geöffnet: Di–Fr 7–9 Uhr

Suppenküche kath. Pfarramt St. Adalbert

Torstraße 168, 10115 Berlin, (im Gemeinderaum von St. Adalbert), U8 Rosenthaler Platz Geöffnet: November–März, So 12–14 Uhr

Kältehilfetelefon

Die Koordinierungsstelle Kältehilfetelefon (und die daran angeschlossene Datenbank) sammelt und veröffentlicht nahezu tagaktuell die vielfältigen Angebote der Berliner Kältehilfe, die obdachlose Menschen in jedem Winter vor dem Erfrieren schützen.

Die Koordinierungsstelle Kältehilfetelefon/-datenbank ist seit 1. November jeweils von 19–23 Uhr unter der Telefonnummer 030-81 05 60 425 zu erreichen.

Die Datenbank finden Sie unter www.kaeltehilfe-berlin.de.

Eine Kältehilfe-Saison währt jeweils in der kalten Jahreszeit vom 01.11. bis 31.03.

Kältehilfe-Wegweiser

Der Kältehilfe-Wegweiser verzeichnet für ganz Berlin Standorte und Öffnungszeiten von Nachtcafés, Notübernachtungen, Tagesstätten, Suppenküchen, medizinische Versorgung und Beratungsstellen. www.kaeltehilfe-berlin.de/PDFs/Kaeltehilfe-wegweiser-2014-15.pdf

Neues Studentenwohnen in der Köpenicker

An der Einfahrt in der Köpenicker Straße 43 beeindruckt am meisten die vielen Briefkästen: 212 an der Zahl.

Seit Oktober hat die Nördliche Luisenstadt 212 neue Bewohner: junge Leute aus aller Welt, die hier im neu eröffneten Studentenwohnheim »The Fizz« leben. Es gab reichlich Vorbehalte gegen das Bauprojekt: Viele kleine Ein-Personen-Studentenwohnungen auf einem eher handtuchschmalen Grundstück. Auch der Werbespruch auf der etwas hochgestochenen FIZZ-Website »Mitten im pulsierenden Kreuzberg« wirkt nicht eben sympathisch auf Anwohner, die sehr genau wissen, dass man sich hier in Mitte befindet. Und die Fassade des siebengeschossigen Neubaus sieht, nun ja, neben dem alten Gründerzeitbau nicht eben großartig aus, finden viele Nachbarn. Aber eine Website lässt sich ändern (die Fassade nicht unbedingt), und wichtig ist ja vor allem das Innenleben. Wie also sieht das neue Studentenwohnen aus?

Patrick Masur, ein freundlicher, sehr junger Mann, zeigt uns das Innenleben. Er ist hier der »Housekeeper« und wirkt immer noch ein bisschen mitgenommen, weil es seit kurzem nur noch 210 Mieter gibt. Eine Studentin bekam doch noch den von ihr favorisierten Ausbildungsplatz andernorts – normal im studentischen Dasein. Ein anderer Mitbewohner aber, ein Israeli, musste zwangsweise aus Deutschland ausreisen: Zwar studierte er hier und hatte auch einen Arbeitsvertrag, aber eben nur bei einer Zeitarbeitsfirma, was die deutsche Behörde nicht akzeptierte. Solche persönlichen Schicksale gehen Patrick Masur deutlich an die Nieren. Und das liegt keineswegs an Vermietungsproblemen.

Denn die hat »The Fizz« nicht: Die Nachfrage ist riesig, alle Apartments waren seit der Eröffnung sofort vermietet. In Berlin gibt es immer mehr Studenten und immer weniger bezahlbaren Wohnraum – entsprechend groß ist die Not. Bei Wohnungsbesichtigungen treffe man oft auf bis zu 150 junge Suchende, die sich gegenseitig im Preis überbieten wollen, um überhaupt eine Unterkunft zu finden, berichtet Masur (was sich mit anderen Erfahrungsberichten deckt). Deshalb verfolge die Gesellschaft »International Campus«, die in vielen deutschen Universitätsstädten neue Studentenwohnheime betreibt und zu der auch »The Fizz« gehört, ein eigenes Konzept für Studentenwohnen. Es gibt hier Einheitspreise, damit alle die gleiche Chance haben und nicht nur die Studenten mit höchstbietenden, reichen Eltern zum Zug kommen, sagt Masur.

Jedoch sind die Preise geringfügig gestaffelt, je nach Lage: in den unteren Geschossen sind sie etwas billiger als in Obergeschossen mit besserer Aussicht. Die Apartments – allesamt Mietobjekte – kosten monatlich warm zwischen 485 und 675 Euro. Das sieht zunächst sehr teuer aus für durchschnittlich 20 bis 24 Quadratmeter. Allerdings muss ein Student, der in Berlin ein Zimmer sucht, inzwischen auch schon 400 Euro kalt für ein durchschnittliches WG-Zimmer von 3x4 Metern auf den Tisch legen.

Insofern relativiert sich der Preis: Denn bei »The Fizz« ist damit alles inbegriffen: Mobiliar wie Bett, Schreibtisch, Stuhl, Schrank, Garderobe, Spiegel, Külschrank, Kochzeile, WC und Duschbad. Inklusive sind außerdem Fixkosten für Telefon, TV und W-Lan-Internet sowie die Betriebskosten und ein Stellplatz im Keller für ein Fahrrad. Zudem gibt es einen Waschkeller mit acht Waschmaschinen und Trockenraum. Dort hängt frisch gewaschene Wäsche auf Trockenge-



Ch. Eckelt

stellen – ein Zeichen dafür, wie sehr die Mieter einander vertrauen. Im zweigeschossigen Gartenhaus gibt es gemütliche Gemeinschaftsräume mit Kochmöglichkeit und diverse Veranstaltungsangebote, damit die Studenten Kontakte knüpfen können, und auch die großzügige Lobby im Erdgeschoss ist mit ihren warmen Farben, den Sitzsäcken und bunten Polstern einladend.

Rechnet man all das zusammen, ist ein kleines »The Fizz«-Apartment auch nicht teurer als eine herkömmliche WG-Unterkunft, in der sich zusätzlich Ausstattungs- und Betriebskosten summieren.

Kein Wunder jedenfalls, dass die Unterkünfte heiß begehrt sind: schließlich sind sie auch äußerst zentral gelegen, mit idealer Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr. »Bei den vielen verstreuten Uni-Standorten ist das einfach eine gute Lage«, sagt Patrick Masur. Im Schnitt bleiben die Bewohner über die durchschnittliche Studiendauer von 3 bis 4 Jahren; dazu kommen ausländische Austauschstudenten, die häufiger wechseln.

212 neue Bewohner aus aller Welt sind in der Luisenstadt herzlich willkommen. Das Problem ist stadtweit ein anderes: Immer mehr Menschen ziehen nach Berlin, ob Studenten, Flüchtlinge oder auch Eigentumswohnungsinteressenten, die Berlin einfach toll finden. Der bestehende Wohnraum reicht nicht aus, besonders in den Innenstadtlagen. Deshalb boomt der Neubau: doch bislang jedoch nur in speziellen Segmenten, nämlich Eigentumswohnungen, die auch in der Luisenstadt en masse hochgeziegelt werden, und auch bei Mini-Studentenapartments, die in der Stadtmitte wegen der hohen Nachfrage boomen und mit denen nicht selten Investoren schachern – nicht immer mit so freundlichen Konzepten wie bei »The Fizz«.

Gleich um die Ecke, in der Michaelkirchstraße, sollen beispielsweise weitere 250 Wohnungen mit einer großen Anzahl an 20-qm-Wohnungen entstehen. Am Engeldamm wurde ein Altbau teilweise zu 18-qm-Wohnbuchten umgebaut, und viele weitere solcher Projekte sind in Mitte geplant, die teils auch als Eigentumswohnungen verkauft werden. Investoren wissen, dass sie damit gut Geld verdienen können. Und gewiss ist Berlin eine geräumige Großstadt, die im Vergleich zu anderen Metropolen eine noch geringe Dichte aufweist. Doch sollte die Stadt bei aller Freude über den Boom und aller Sorge um den Wohnungsbau nicht vergessen, dass wachsende Einwohnerzahlen auch eine entsprechende Infrastruktur benötigen: Dazu gehören beispielsweise Kitas und Schulplätze, Spiel-, Sport- und Freiflächen, Angebote für ältere Bewohner und wohnungnahe Einkaufsmöglichkeiten. Ein paar Spätis werden da nicht mehr reichen. us

Nachverdichtung an der Köpenicker

Die WBM plant Neubauten vor dem Plattenbauriegel an der Köpenicker Straße

Auf dem Parkplatz vor den Häusern Köpenicker Straße 104 bis 114 plant die WBM den Neubau von insgesamt fünf Punkthäusern. Vor dem Stadtentwicklungsausschuss der BVV Mitte kündigte die Wohnungsbaugesellschaft mehrere Informationsveranstaltungen für die Gebietsbewohner an.



Die Nachfrage nach Wohnraum bei der WBM sei in den letzten Jahren enorm gestiegen, berichtete dort die Projektentwicklerin Christine Kunz. Insbesondere werden kleinere Wohnungen gesucht, die Wartelisten seien lang. In Abstimmung mit der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt überprüft die Wohnungsbaugesellschaft deshalb derzeit mögliche Wohnungsbaupotenziale im Grundstücksbestand. Ziel sei es, bis Januar 2019 insgesamt 530 Wohneinheiten in Mitte neu zu errichten.

Über 300 dieser neuen Wohnungen sollen offenbar in dem Block zwischen Schmidstraße und Köpenicker Straße, Heinrich-Heine- und Michaelkirchstraße entstehen. Davon sind 128 Wohneinheiten an der Schmidstraße geplant, auf einem früher bebauten und schon seit längerem für Neubau vorgesehenen Grundstück. Hier sollen Informationsveranstaltungen für die Anwohner stattfinden.

Ab September 2016 würde die WBM zudem gern rund 180 Wohneinheiten auf dem jetzigen Parkplatz nördlich des Gebäudes Köpenicker Straße 104 bis 114 errichten. Ein Teil dieser Wohnungen soll öffentlich gefördert und an Mieter mit niedrigem Einkommen vermietet werden.

Sechs Bürgerveranstaltungen geplant

Die Wohnungsbaugesellschaft will hier fünf »Punkthäuser« mit nahezu quadratischer Grundfläche bauen, zwischen denen begrünte Zwischenträume frei bleiben, so dass kein geschlossener Riegel den rund 240 Meter langen zehngeschossigen Plattenbau mit seinen 360 Wohnungen verstellt. Das Eckgebäude zur Michaelkirchstraße ist als zwölfgeschossiges Pendant zum bestehenden Hochhausgebäude an der Heinrich-Heine-Straße gedacht – diese Planung gab es schon zu DDR-Zeiten. Die weiteren Neubauten zwischen diesen beiden Hochhäusern sollen jeweils sechs Geschosse haben.

Geplant sind kleinere bezahlbare Wohnungen für Singles, für familiengerechtes Wohnen und auch möglichst barrierefreie für Senioren, die Wohnungsgröße der 180 geplanten Einheiten liegt im Durchschnitt bei 60 Quadratmetern.

Damit orientiert sich die WBM an den Ergebnissen des Ideenworkshops »Urban Living«, den die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt im vergangenen Jahr durchführte und bei dem es vor allem um die Frage ging, wie und wo der dringend benötigte Wohnungsneubau in der Stadt verträglich realisiert werden kann.

Dabei wurde zur Nachverdichtung bestehender Siedlungen vor allem der Neubau von »Punkthäusern« empfohlen, die Bestandsbauten deutlich weniger verschatten.

Bei diesem WBM-Projekt an der Köpenicker Straße stünden die neuen Häuser nördlich des Plattenbauriegels und schützten die dortigen Wohnungen zudem auch teilweise vor dem Lärm der Hauptstraße. »Außerdem sind«, so Christine Kunz, »die Bestandswohnungen so geschnitten, dass die wichtigen Aufenthaltsräume nach Süden auf den begrünten, ruhigen Hof ausgerichtet sind – nach Norden gehen vor allem die Funktionsräume oder auch Flure. Die Mieter werden also nicht wesentlich beeinträchtigt.«

Detaillierte Pläne gibt es aber erst später: Zunächst will die WBM, nach den notwendigen Abstimmungen mit dem Bezirk, gemeinsam mit der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt einen Architekturwettbewerb ausloben. Die Mieter der WBM und die der benachbarten Wohnhäuser der Genossenschaft Berolina sollen an den Planungen beteiligt werden: insgesamt sechs Informationsveranstaltungen sind vorgesehen, damit möglichst viele Interessierte die Gelegenheit auch nutzen können.

Bedarf an Einzelhandel und Parkplätzen

Offen ist noch die Frage, wie die Mieterparkplätze an der Köpenicker Straße ersetzt werden können. Denkbar wäre der Bau einer Tiefgarage, die dann jedoch auch die Zwischenräume zwischen den Punkthäusern unterkellern müsste. Dazu sollen die Architekten Vorschläge ausarbeiten, in die die Ergebnisse einer Mieterbefragung einfließen sollen. Dabei interessiert die WBM u.a., wie viel die Mieter für Tiefgaragen-Parkplätze zahlen würden. Zudem gibt es den großen Wunsch von Anrainern, auch Einzelhandel in das Neubaukonzept zu integrieren, vor allem in den Erdgeschosszonen. Hier sollte die WBM berücksichtigen, dass auch in der direkten Umgebung viele Wohnungen neu entstehen und deshalb der Bedarf z.B. nach Lebensmittel-Nahversorgung deutlich steigt.

Planungsrechtlich scheint es im Bezirk Mitte keine Bedenken gegen das Vorhaben zu geben, wie der zuständige Stadtrat Carsten Spallek auf der Ausschusssitzung mitteilte. Er gehe derzeit davon aus, dass für das Vorhaben eine Baugenehmigung nach §34 des Baugesetzbuches auch ohne einen Bebauungsplan erteilt werden könne. cs

Fahnen und griechische Kleider

Wie die Luisenstadt ihren
Namen bekam

Was macht man mit einer Fahne, die nur noch aus Fetzen besteht? Vor diesem Problem standen die Bewohner der Cöllnischen Vorstadt im Jahr 1801. Es ging nicht um irgendeine Fahne, sondern um die erste Bürgerfahne und man konnte sie nicht einfach in den Müll werfen. Ein anonymes Autor schrieb:

»Hundert Jahre lang hat diese Fahne allen feierlichen Aufzügen unserer guten Bürgerschaft vorangeweht; sie ist die stille Zeugin großer Begebenheiten und des von Jahr zu Jahr wachsenden Flors unserer Vorstadt gewesen. Sie hat in manchem Arme geruht, der jetzt Staub ist; ihr lustiges Flattern hat manchen Knaben entzückt, der längst als Mann begraben liegt.

Aber auch an das erinnere euch diese Fahne, was aus euch geworden ist in den hundert Jahren, die sie durchweht hat. Ihr wißt es wohl aus anderen Nachrichten, was unsere Vorstadt einst gewesen ist – ein weites Feld, dessen Hufen nur sparsame Anbauer mühsam genährt haben; wenige Straßen, kaum gepflastert, hölzerne Hütten und so wenig städtische Betriebsamkeit, daß diese Vorstadt eher einem dürftigen Flecken als einem Teile der Residenz geglichen hat.

Die hilflosen Bewohner konnten sich keinen Frühling der Wasserfluten erwehren, die ihre Gärten und Felder verwüsteten. Aber keine Regierung ist vergangen, ohne unsere Vorstadt bebaueter und wohlhabender zurückzulassen. Manufakturen und Fabriken haben sich unter die Viehzucht, Acker- und Gartenbau treibenden Bürger gemischt, und fast jedes Gewerbe blühet unter uns. Die



Nach Luise Auguste Wilhelmine Amalie, Herzogin zu Mecklenburg und Königin von Preußen, ist die Luisenstadt benannt. Im Foto eine Maske Luises.

Straßen haben allmählich ein reinliches Pflaster erhalten; aus den Zäunen sind Mauern, aus den dürftigen Lehmhütten hohe, massive Häuser geworden.

Jetzt dürfen wir uns der Vergleichung mit anderen Teilen Berlins nicht mehr schämen. Ja, wir haben den Vorzug, in festen, städtischen Häusern zu wohnen und doch Gottes freie Natur in Gärten und Saatfeldern so nahe zu haben, bürgerliches Gewimmel und ländliche Stille, Nahrungsfleiß am Tage und sanfte Gartenlust am Abend leicht miteinander verbinden zu können. Mancher ruht auf dem Kirchhofe, dessen Namen man kaum noch kennt, und der doch vielleicht sein ganzes Leben auf die Verschönerung seines Plätzchens verwandt hat, daß nun die späteren Bewohner sich seines Fleißes freuen und Früchte essen können von den Bäumen, die seine Hand gepflanzt hat.

Diese Bürgerfahne lehre euch Ehrfurcht für die Gesinnungen und Taten eurer Väter! Sie ermuntere euch zur Nachfolge in ihrer Tätigkeit, in ihrer Bürgertreue, in ihrer Redlichkeit! Immer schöner, immer besser laßt es werden um euch her, daß eure Kinder einst des Lebens hinieden immer froher werden können.« Klar, dass diese Fahne einen Ehrenplatz in der Sebastiankirche bekam, wo sie mit folgender Inschrift versehen wurde:

»Ein volles Jahrhundert, von 1701 bis 1801, folgten in brüderlicher Eintracht dieser, von der ersten Königin von Preußen, Sophie Charlotte, geschenkten Fahne die Bürger der Cöllnischen Vorstadt. Am 13. August 1801 ward sie öffentlich aufgestellt.«

Ob sie diese Worte vernommen hat oder nicht, läßt sich nicht beantworten, aber Königin Luise spendete eine neue Fahne, die 1802 den Bürgern übergeben wurde. Sie war aus weißer Seide und reich bestickt, in den Ecken züngelten goldene Flammen und über dem preußischen schwarzen Adler in der Mitte schlang sich ein blaues Band mit der Inschrift:

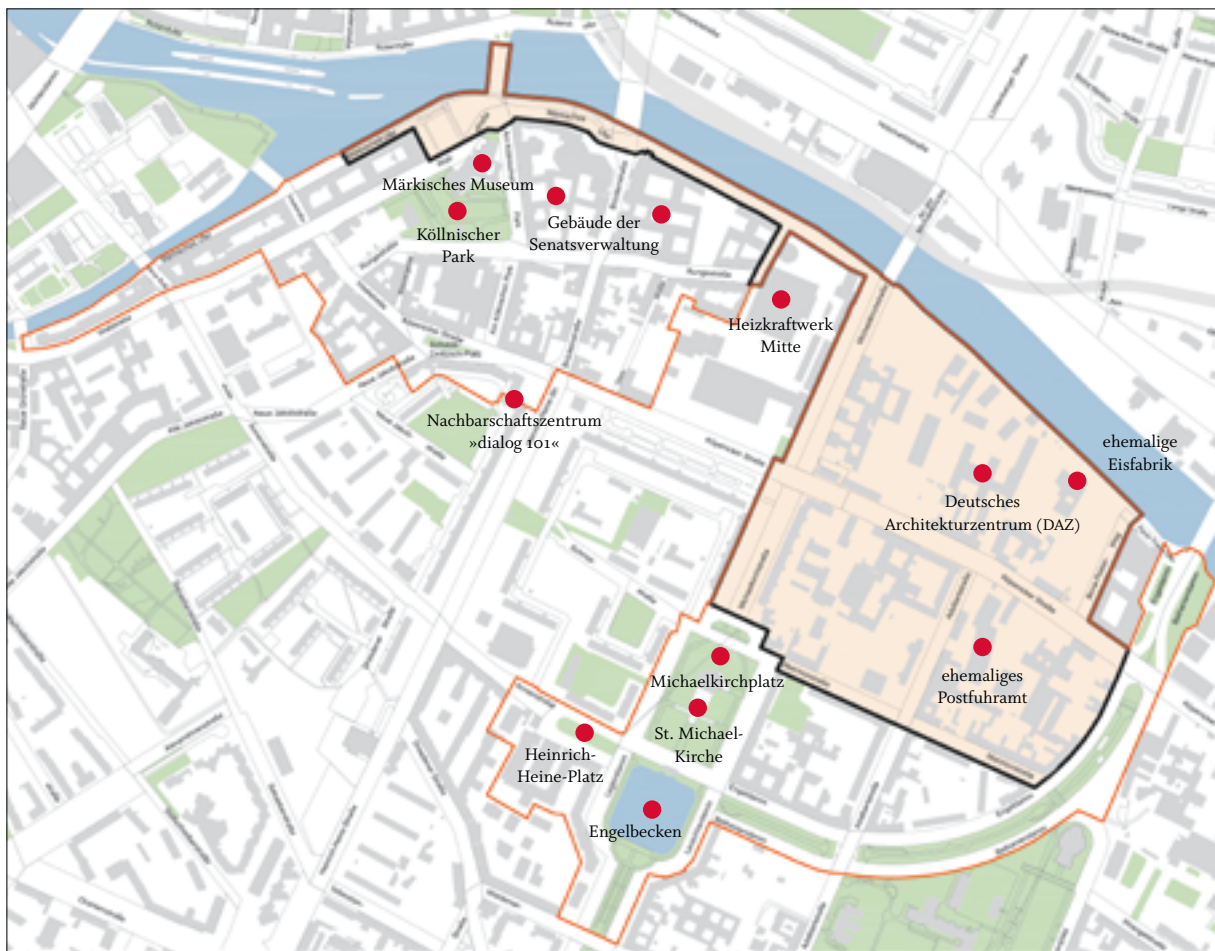
»Luise, Koenigin von Preußen, den Bürgern der Koelnischen Vorstadt.« Die Begeisterung der Vorstädter war groß. So groß, dass eine Abordnung der Bürgerschaft dem König die Bitte vorträgt, der Vorstadt den Namen »Luisenstadt« zu verleihen. In einem Erlass vom 4. April 1802 wurde dieser Wunsch erfüllt.


Doch nicht alle hatten eine gute Meinung von der Königin, so Ludwig von Marwitz:


»Luise liebte den Putz mehr als nötig. Sie konnte dem König nie modisch und elegant genug sein. Die Mode war die sogenannte griechische Kleidung. Die Frauenzimmer hatten nur ein Hemde an und ein möglichst dünnes Kleid, in welchem alle Formen sichtbar waren. Die Königin ging in dieser Mode voran.« Vielleicht deshalb ist Luise die einzige Königin, deren Andenken lange lebendig blieb, darin nur noch Friedrich dem Großen vergleichbar.

Noch 1927 konnte man sich beide Fahnen, die Auslöser zur Namensgebung wurden, im Märkischen Museum im Zimmer 49 ansehen. Falko Hennig

Der Autor lädt am Sonntag, 1. Februar 2015 zum Stadtpaziergang »Buddha vorm Taj Mahal« (2h, € 10,-) durch die Luisenstadt und den schmalsten Park Berlins ein, Treffpunkt: 14 Uhr, U-Bahnhof Heinrich-Heine-Straße Ecke Köpenicker, Anmeldung erforderlich, 0176-20 21 53 39.



 Sanierungsgebiet
 Nördliche
 Luisenstadt

 Erhaltungsgebiete

Ansprechpartner und Adressen für das Gebiet Nördliche Luisenstadt

Bezirksamt Mitte von Berlin,
Stadtentwicklungsamt,
Fachbereich Stadtplanung
 Müllerstraße 146, 13353 Berlin
 Amtsleitung: Kristina Laduch,
 Tel 901 84 58 45
kristina.laduch@ba-mitte.berlin.de

Sanierungsverwaltungsstelle
 Reinhard Hinz (Gruppenleitung)
 Tel 901 84 58 53
reinhard.hinz@ba-mitte.berlin.de
 Anke Ackermann, Tel 901 84 57 57
anke.ackermann@ba-mitte.berlin.de
 Wolf-Dieter Blankenburg, Tel 901 84 57 21
wolf-dieter.blankenburg@ba-mitte.berlin.de

Betreuung Programm Städtebaulicher
Denkmalschutz beim Bezirksamt
 Birgit Nikoleit, Tel 901 84 57 79
birgit.nikoleit@ba-mitte.berlin.de

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung
und Umwelt
 Referat IV C – Stadterneuerung
 Württembergische Straße 6, 10707 Berlin
 Joachim Hafen (Gebietsbetreuung
 Luisenstadt), Tel 901 39 49 19
joachim.hafen@senstadtum.berlin.de

Gebietsbetreuung Luisenstadt (Mitte)
 Koordinationsbüro für Stadtentwicklung
 und Projektmanagement – KoSP GmbH
 Schwedter Straße 34 A, 10435 Berlin
www.kosp-berlin.de
 Andreas Bachmann, Tel 33 00 28 39,
bachmann@kosp-berlin.de
 René Uckert, Tel 33002833,
uckert@kosp-berlin.de

Betroffenenvertretung Nördliche Luisenstadt
 Treffen jeden dritten Dienstag im Monat
 um 18.30 Uhr im Nachbarschaftszentrum
 »dialog 101«, Köpenicker Straße 101,
 10179 Berlin, direkt am U-Bahneingang
 Heinrich-Heine-Straße
 Ansprechpartner: Volker Hobrack,
 Tel 275 47 69, mail: vhobrack@gmx.de
 bzw: bv.luisenord@gmail.com
www.luise-nord.de

Bürgerverein Luisenstadt
 Michaelkirchstraße 2, 9. Etage,
 10179 Berlin, Tel/AB 279 54 08
buero@buergerverein-luisenstadt.de
www.buergerverein-luisenstadt.de
 Bürozeiten: mittwochs 14–16 Uhr